

- 20) IHT, 31.5.91.
- 21) IHT, 13.5.91; zur Lieferung eines Forschungsreaktors an Algerien vgl. XNA, 1.3.92.
- 22) Zum KKW Qinshan vgl. XNA, 22.2.92.
- 23) Le Monde, 12./13.4.92.
- 24) Dagongbao nach SWB, 3.11.92.
- 25) Dazu C.a., März 1992, Ü 6.
- 26) SCMP, 19.3.93.
- 27) Zitiert in ST, 7.5.92.
- 28) Zit. in ST, 10.8.91.
- 29) ST, 7.5.92.
- 30) SZ, 7.7.92; NZZ, 8.7.92.
- 31) FAZ, 24.2.92.
- 32) FEER, 21.2.91, S.9.
- 33) Dazu C.a., Februar 1992, S.82-86.
- 34) Washington Post, 29.5.88.
- 35) FT, 22.4.88.
- 36) Vgl. dazu auch C.a., Januar 1991, S.30.
- 37) ST, 30.5.88.
- 38) So FT, 16.3.92.
- 39) XNA, 14.3.1992.
- 40) SCMP, 29.11.91.
- 41) So IHT, 6.3.92.
- 42) IHT, 18.3.92.
- 43) FT, 28.2.92.
- 44) Meldung in SZ, 19./20.9.92.
- 45) AWSJ, 12.10.92.
- 46) Der Spiegel 1993, Nr.17, S.133-136.
- 47) Die Nachrichtenagentur Kyodo spricht von 400 Stück! SWB, 6.5.92.
- 48) Ebenda.
- 49) ZM nach SWB, 6.7.92.
- 50) AWSJ, 24.2.93.
- 51) XNA in SWB, 5.3.93.
- 52) Zu den Waffenverhandlungen Jelzin ITAR-TASS in SWB, 5.12.92.
- 53) Zur Ministerialstruktur von Ende 1985 vgl. C.a., Oktober 1985, S.714/4.
- 54) Vgl. hierzu beispielsweise C.a., April 1988, S.279 ff., insbesondere S.281.
- 55) XNA, 5.2.93.
- 56) IHT, 22.8.91; N, 9.7.92.
- 57) Vgl. dazu C.a., März 1993, S.268/2 und 3.
- 58) RMRB, 28.11. und 3.12.86; C.a., Dezember 1986, S.753.
- 59) Peter Schier, "Ein kurzer Überblick über die 1.Plenartagung des VII.NVK" in: C.a., April 1988, S.279-282, hier: S.281.
- 60) C.a., März 1993, S.268/2.
- 61) N, 3.7.92.

## Margot Schüller

# Chinas Wirtschaft in den 90er Jahren

## Neue Konzepte und Entwicklungsperspektiven

### 1 Rückblick auf die 80er Jahre: Wirtschaftliche Erfolge und strukturelle Defizite

#### 1.1 Reformmaßnahmen in den 80er Jahren

Die Wirtschaftsreformen waren Anfang der 80er Jahre mit der Vorstellung einer harmonischen Verbindung von Plan und Markt zur Steuerung der Wirtschaftsentwicklung begonnen worden. Die staatliche Planung wurde durch eine Dezentralisierung von ökonomischen Entscheidungs- und Verfügungsrechten zugunsten unterer Verwaltungsebenen, Betriebsleiter und ländlicher Produzenten eingeschränkt und der Anteil der administrativ festgelegten Güterpreise reduziert und mehr Markt zugelassen. Darüber hinaus wurden individuelle wirtschaftliche Aktivitäten in den Bereichen Handel, Transport und Dienstleistungen erlaubt und damit der Anteil der Einzel- bzw. Privatwirtschaft vergrößert. Wachstumsimpulse für die binnenwirtschaftliche Entwicklung sollten auch durch die Öffnung gegenüber dem Ausland erfolgen, insbesondere über eine Steigerung der Exporte und der Absorbierung ausländischen Kapitals und moderner Technologie.

Insgesamt sollte die staatliche Planung jedoch nicht völlig durch den Markt ersetzt und die Entscheidung über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung weiterhin auf der politischen Ebene getroffen werden, eine Kontrolle über Preis- und Mengeninterventionen möglich bleiben und der sozialistische Charakter der chinesischen Wirtschaft durch die Dominanz des Kollektiv- und Staatseigentums und der zentralen

Produktion und Verteilung von Schlüsselprodukten bewahrt werden. Im Verlauf der Wirtschaftsreform traten jedoch eine Reihe von ungeplanten Nebeneffekten auf, die weitere Zugeständnisse notwendig machten, so daß bis Ende der 80er Jahre der Umfang der marktlichen Allokation und die Veränderung der Eigentumsstruktur weitaus größer waren als ursprünglich vorgesehen.

Im Rückblick läßt sich die Reformperiode in verschiedene Phasen einteilen: So standen in den Jahren 1979-84 die Reformen im landwirtschaftlichen Sektor im Vordergrund, ab Mitte der achtziger Jahre wurden Reformen im städtischen Industriesektor durchgeführt, zwischen 1988-1991 verfolgte die Regierung eine restriktive Wirtschaftspolitik mit einer Abbremsung der Reformen und seit Mitte 1991 bzw. verstärkt seit Anfang 1992 hat das Tempo der Wirtschaftsreformen wieder zugenommen. Da über die Entwicklung der Wirtschaftsreformen in den ersten Phasen eine umfangreiche Literatur vorliegt, werden im folgenden nur die wesentlichen Elemente dieser Reformen skizziert.

Im landwirtschaftlichen Sektor wurden Anfang der 80er Jahre im Rahmen der Dekollektivierung der landwirtschaftlichen Produktion die Volkskommunen aufgelöst und ein System langfristiger privater Bodennutzungsverträge mit Pflichtverkäufen an den Staat (insbesondere Getreide, Baumwolle und Ölpflanzen) eingeführt. Mit der Einschränkung des staatlichen Handelsmonopols für die meisten Agrarprodukte konnten die landwirtschaftlichen Produzenten durch Marktverkäufe der

Produktionsüberschüsse und der Nebengewerbeproduktion ihre Einkommen verbessern. Für einen zunehmenden Teil der Bauern ist der Feldbau heute nur noch von sekundärer Bedeutung, da mit der Ausweitung der ländlichen Betriebe und der Bereiche Handel, Handwerk, Transport und Gastronomie neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstanden sind.

Die Reformen im städtischen Industriesektor begannen Mitte der 80er Jahre. Ähnlich wie in der Landwirtschaft war das Reformziel eine Trennung von Eigentums- und Managementrechten, um den Betriebsleitern der staatlichen Unternehmen größere Mitspracherechte bei produktions-, absatz-, investitions- und personalpolitischen Entscheidungen zu erlauben und damit eine bessere Anpassung an die Marktnachfrage zu ermöglichen. Gleichzeitig wurde die Monopolstellung der Staatsbetriebe im Industriesektor durch die Zulassung neuer kollektiver (vor allem ländlicher) und privater Betriebe eingeschränkt. Die nichtstaatlichen Betriebe konnten sich demzufolge zu einer zunehmenden Konkurrenz für die Staatsunternehmen auf den Rohstoff- und Absatzmärkten entwickeln.

Die außenwirtschaftliche Öffnung setzte Anfang der 80er Jahre mit der Bildung von Wirtschaftssozialzonen in den südlichen Küstenprovinzen ein, die ausländischen Unternehmen besondere Investitionsanreize einräumen und unter quasi-marktwirtschaftlichen Bedingungen für den Export produzieren konnten. Im Außenhandel erfolgte gleichzeitig eine Einschränkung des Außenhandelsmonopols der Zentralregierung in Beijing, das bis dahin allein dem Ministerium für Außenhandel und seinen zwölf staatlichen Im- und Exportgesellschaften das Recht zum Handel mit dem Ausland eingeräumt hatte. Durch Übertragung von Entscheidungsrechten auf lokale Außenhandelsgesellschaften und Industrieunternehmen sollten diese flexibler auf sich verändernde Märkte reagieren. Damit vollzog sich ein Wandel der zentralen Planung insoweit, als nunmehr stärker die Einschätzung über Exportmöglichkeiten und Importbedarf auf lokaler Ebene erfolgte und die Planung ein Verhandlungsprozeß zwischen lokaler und nationaler Ebene der Verwaltung wurde.

Mit der Einschränkung des Planungssystems über die Dezentralisierung von ökonomischen Rechten und der Zulassung von Märkten wurde gleichzeitig die Notwendigkeit einer gesamtwirtschaftlichen Steuerung über indirekte Hebel offenbar. Dies erforderte die Umwandlung der früheren Funktion der Volksbank als Geschäftsbank in eine Zentralbank, der unter Leitung des Finanzministeriums die Aufgabe der geldpolitischen Steuerung übertragen wurde. Mit der Zulassung von Spezialbanken sowie lokalen Treuhand- und Investitionsgesellschaften und auch Aktien- und sonstigen Wertpapiergeschäften erfolgte außerdem eine beschränkte Liberalisierung des Kapitalmarktes. Darüber hinaus wurde die Finanzpolitik schrittweise verändert, und zwar einerseits über eine Kompetenzverlagerung auf die lokalen Ebenen (Provinzen, Kreise, Gemeinde) und andererseits über veränderte Besteuerungsformen. Auch auf dem Arbeitsmarkt gab es eine Reihe von Reformen, die eine zumindest teilweise Aufhebung der regionalen Mobilitätsbeschränkungen mit sich brachten und das System der zeitlich befristeten Arbeitsverträge.

### 1.2 Wirtschaftswachstum und Strukturwandel

Der Erfolg der Wirtschaftsreformen spiegelt sich in einer beeindruckenden Dynamik mit hohen Wachstumsraten und einem fortschreitenden Strukturwandel wider. Im Zeitraum 1979-91 betrug das reale durchschnittliche Wachstum des Bruttosozialprodukts (BSP) 8,6% und der Nettowertschöpfung 8,4% pro Jahr. Damit wuchs die chinesische Wirtschaft in dieser Phase sowohl im weltweiten Vergleich (3%) deutlich schneller als auch gegenüber der Vorreform-Periode, in der eine durchschnittliche Zunahme des BSP von 6,1% realisiert wurde.<sup>1</sup>

Allerdings zeigt die Tabelle 1, daß auch in der Reformperiode bis 1990 keineswegs der angestrebte stabile Wachstumspfad erreicht werden konnte, sondern daß größere Schwankungen auftraten; außerdem war das Wachstum in den einzelnen Wirtschaftssektoren sehr unterschiedlich.

Mit dem Wirtschaftswachstum war gleichzeitig ein Strukturwandel verbunden, der sich in der veränderten Zusammensetzung der Wertschöpfung

nach Sektoren widerspiegelt. Die Tabelle 2 zeigt die generelle Entwicklungsrichtung mit der Dominanz des Industriesektors, einem abnehmenden Anteil der Landwirtschaft und steigenden Beiträgen der Sektoren Bauwesen, Transport und Handel. Deutlich wird jedoch bei einem Vergleich der Zusammensetzung des Volkseinkommens in den Jahren 1978 und 1991, daß der Strukturwandel auf gesamtwirtschaftlicher Ebene erst relativ langsam voranschreitet. Dafür zeigt jedoch die regionale Betrachtung, daß die Zusammensetzung der Sektoren in einzelnen Provinzen (Shanxi, Jiangsu, Zhejiang, Shandong, Guangdong und Shaanxi) weitaus größere Veränderungsraten aufweist als der Landesdurchschnitt.<sup>2</sup>

Ein Blick auf die Zusammensetzung der Arbeitskräftestruktur (Tabelle 3) weist ebenfalls nur auf einen langsamen Strukturwandel hin, der vor allem durch die Zunahme der Arbeitskräftezahl um rund 180 Mio. zwischen 1978 bis 1991 erschwert wurde. So sank zwar der Anteil der Beschäftigten im Primärsektor (Landwirtschaft) um mehr als 10% in diesem Zeitraum, doch nach wie vor sind hier rund 60% aller Arbeitskräfte konzentriert. Andererseits ist die gestiegene Zahl der Industriearbeitskräfte vor allem auf die Zunahme der ländlichen Betriebe zurückzuführen, in denen inzwischen rund 10% der gesamten ländlichen Arbeitskräfte beschäftigt sind. Doch auch hier gilt, daß der Strukturwandel regional sehr unterschiedlich verlaufen ist und sich die Zusammensetzung der Arbeitskräftestruktur in einigen Provinzen wie beispielsweise Guangdong, Shaanxi und Shandong im Zeitraum 1978-91 weitaus schneller verändert hat.<sup>3</sup>

Die Zulassung kollektiver, privater und ausländischer Unternehmen hat weiterhin zu einer bemerkenswerten Vergrößerung des Beitrags nichtstaatlicher Betriebe zum industriellen Bruttoproduktionswert (BPW) geführt. Während staatliche Unternehmen im Jahre 1978 noch einen Anteil von 78% am BPW aufwiesen, fiel dieser bis 1990 auf 55% und machte 1991 noch 53% aus.<sup>4</sup>

Im außenwirtschaftlichen Bereich führte die Reformpolitik zu einem raschen Anstieg der Exporte (Tabelle 4), die in den letzten Jahren eine höhere Zuwachsrate aufwiesen als die Importe, so daß China seit 1990 einen Handels-

Tabelle 1:  
Wachstumsdynamik (Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen)

Jahre	Gesamt BSP	Gesamt Volks- ein- kommen	Wachstumstempo einzelner Bereiche des Volkseink.				
			Land- wirt- schaft	Indu- strie	Bau- wesen	Trans- port	Handel
79-91	8,6	8,4	--	--	--	--	--
76-80		6,1	0,7	9,2	6,9	5,6	7,6
81-85		10,0	8,5	10,2	11,6	11,9	13,2
86-90		7,6	4,1	10,2	5,7	9,8	3,6
1978	11,7	12,3	3,9	17,1	-0,9	11,3	22,5
1979	7,6	7,7	6,4	8,1	1,8	2,5	6,9
1980	7,9	6,4	-1,8	10,9	29,7	4,1	0,6
1981	4,4	4,9	7,1	1,7	1,6	4,0	19,0
1982	8,8	8,2	11,7	6,0	4,8	12,2	4,8
1983	10,4	10,0	8,5	9,8	18,3	10,9	13,0
1984	14,7	13,6	13,0	14,9	10,7	12,9	11,2
1985	12,8	13,5	2,7	19,6	24,0	20,1	18,9
1986	8,1	7,7	3,0	9,6	17,5	11,3	7,2
1987	10,9	10,2	4,5	13,0	13,3	11,4	12,4
1988	11,3	11,3	2,2	17,4	8,0	11,3	9,0
1989	4,4	3,7	3,2	6,0	-8,5	10,2	-5,8
1990	4,1	5,1	7,5	5,5	0,5	4,8	-3,7
1991	7,7	7,6	2,3	11,4	15,7	6,4	5,0
1992	12,8	--	--	--	--	--	--

Reale Wachstumsraten;

Quelle: *Zhongguo Tongji Nianjian* (1992), S. 21, 31 und 34.  
Vorläufige Angaben für 1992 in SWB, 17.3.93.

Tabelle 2:  
Struktur der Volkseinkommens (in Prozent/laufende Preise)

Jahr	Landwirt- schaft	Industrie	Bauwesen	Transport	Handel
1952	57,7	19,5	3,8	4,2	14,9
1965	46,2	36,4	3,8	4,2	9,3
1970	40,4	41,0	4,2	3,8	10,6
1978	32,8	49,4	4,2	4,9	9,8
1985	35,5	45,1	5,8	3,7	9,9
1991	32,7	47,8	6,6	5,3	7,7

Quelle: *Zhongguo Tongji Nianjian* (1992), S. 35.

bilanzüberschuß erwirtschaften konnte. Die wachstumsinduzierende Funktion der Exporte spiegelt sich in dem steigenden Anteil der Exporte von 6% auf rund 20% in Relation zum BSP im Zeitraum 1980-1991 wider. Gleichzeitig erhöhte sich damit der Anteil Chinas am Welthandel von 0,9% auf 2,0%.<sup>5</sup> Die besondere Bedeutung der nichtstaatlichen Industrie an dieser

Entwicklung wird mit dem Beitrag der ländlichen Industriebetriebe von 25% am Export (1991) und der Unternehmen mit Auslandskapital von 25% (1992) am gesamten Außenhandelsvolumen sichtbar.<sup>6</sup>

Zwar können die 80er Jahre durchaus als erfolgreich bezeichnet werden, doch zeigte die krisenhafte Wirt-

schaftsentwicklung gegen Ende der Dekade auch die Schwächen eines Nebeneinanders von Plan- und Marktelementen zur Wirtschaftssteuerung auf und machte die Defizite im Wirtschaftssystem offenbar.

### 1.3 Strukturelle Defizite

Die zyklisch aufgetretenen krisenhaften Entwicklungen der Wirtschaft bis 1990 zeigen, daß sich bestimmte Strukturen, die ein Erbe der vorangegangenen rund 30 Jahre sind, auch in der Reformperiode als weitgehend resistent gegenüber einem notwendigen Wandel erwiesen und weitergehende Reformen notwendig machten.

Im landwirtschaftlichen Sektor ermöglichten die Reformen zwar bemerkenswerte Produktionssteigerungen und eine Auffächerung der ländlichen Produktionsstrukturen. Deutlich wird diese Veränderung vor allem an dem inzwischen auf über 50% gestiegenen Anteil der Bereiche ländliche Industrie, Handel, Transport und sonstige Dienstleistungen am gesamten ländlichen Bruttoproduktionswert. Weiterhin nahmen die individuellen Einkommen zu und der Lebensstandard der ländlichen Bevölkerung erhöhte sich, wenn auch in regional unterschiedlichem Ausmaße.

Trotz dieser sichtbaren Erfolge wurde ab Mitte der 80er Jahre deutlich, daß die ländliche Entwicklung zugunsten einer exzessiven Industrialisierung vernachlässigt wurde. Obwohl stets die besondere Bedeutung der Landwirtschaft als Basis der Gesamtwirtschaft betont worden war, erfolgte nur eine unzureichende Ausrichtung der industriellen Produktion über eine Steigerung des Angebots von Kunstdünger, Pestiziden und sonstigen landwirtschaftlichen Inputs. Auch staatliche Investitionen in den Ausbau der ländlichen Infrastruktur, insbesondere für die Erhaltung der langfristigen Ertragsstabilität im Getreideanbau, aber auch für den Ausbau des Transport- und Handelssystems waren unzureichend. So konnten die Bauern zwar einen großen Teil ihrer Erzeugnisse auf den Märkten in den ländlichen Gebieten und in den Städten verkaufen und der Anteil der vermarkteten Agrarprodukte erhöhte sich auf durchschnittlich rund 60%, doch waren sie bei der überregionalen Vermarktung ihrer Produkte mit lokalen Marktbarrieren konfrontiert.

Tabelle 3:  
Arbeitskräftestruktur (in Mio. Beschäftigte/ Prozent)

Jahr	Gesamt	Primär- sektor 1	Sekundär- sektor 2	Tertiär- sektor 3	Prozentuale Anteile		
					1	2	3
1978	402	283	70	49	70,5	17,4	12,1
1985	499	311	104	84	62,4	20,9	16,7
1990	567	340	122	105	60,0	21,4	18,6
1991	584	349	125	110	59,8	21,4	18,9

Quelle: *Zhongguo Tongji Nianjian (1992)*, S. 101.

Tabelle 4:  
Entwicklung der Anlageinvestitionen und Preise

Jahr	Anlage- investitionen (Mrd. Yuan)	Wachstums- rate (i.v.H.)	Anteil am BSP (i.v.H.)	Anstieg Einzel- handels- preise (i.v.H.)	Anstieg Lebens- haltungs- kosten- (i.v.H.)
1986	301,92	18,7	31,3	6,0	7,0
1987	364,09	20,6	32,2	7,3	8,8
1988	449,65	23,5	32,2	18,5	20,7
1989	413,77	-8,0	26,2	17,8	16,3
1990	444,93	7,5	25,6	2,1	1,3
1991	550,88	23,8	27,7	2,9	5,1
1992	758,2	37,6	31,7	5,4	6,4

Quellen: *Zhongguo Tongji Nianjian 1992*, S. 31, 145, 235; Daten für 1992:  
*Statistical Communique for 1992*, in: SWB, 24.2.1993.

Tabelle 5:  
Außenwirtschaftliche Entwicklung (in Mrd. US\$)

Jahr	Exporte	Wachstum	Importe	Wachstum	Handels- bilanz
1987	39,44	27,5	43,22	0,7	- 3,78
1988	47,52	20,5	55,28	27,9	- 7,76
1989	52,54	10,6	59,14	6,9	- 6,66
1990	62,09	18,2	53,35	-9,8	+ 8,75
1991	71,91	15,8	63,79	19,5	+ 8,12
1992	85,0	18,2	80,6	26,4	+ 4,4

Außenhandelsangaben: Chinesische Zollstatistik, also ohne Reexporte.

Quelle: *Zhongguo Tongji Nianjian (1992)*, S.627; Daten für 1992:  
*Statistical Communique for 1992*, in SWB, 24.2.93

Außerdem sah sich die staatliche Getreidepreispolitik verstärkt einem Dilemma zwischen notwendiger Anhebung der Aufkaufspreise und steigender Subventionsbelastung des Staatshaushalts gegenüber, da die Veränderung der Getreideaufkaufspreise nicht an die städtischen Konsumenten weitergegeben wurde. Trotz höherer staatlicher Aufkaufspreise wurde aufgrund steigender Kosten für landwirtschaftliche Inputs der Getreideanbau im Vergleich zu nichtlandwirtschaftlichen Aktivitäten für die Bauern immer weniger attraktiv. Starke Schwankungen der Getreideproduktion und anderer wichtiger Anbauprodukte waren die Folge dieser Entwicklung, die sowohl das langfristige Ziel der Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung bei einer jährlich um rund 17 Mio. Menschen zunehmenden Bevölkerung in Frage stellten, als auch die ausreichende Bereitstellung landwirtschaftlicher Vorprodukte für die Industrie.

In den 80er Jahren wurde gleichzeitig das Beschäftigungsproblem für die inzwischen rund 200 Mio. unterbeschäftigten Arbeitskräfte in den ländlichen Gebieten immer dringender. Im Mittelpunkt stand die Frage, in welchem Umfang sich ländliche Betriebe entwickeln und auch zu einer Konkurrenz für städtische Staatsbetriebe werden konnten.

Was waren nun die strukturellen Defizite im städtischen Industriesektor? Trotz der Versuche zur Reform der staatlichen Industriebetriebe hat sich ihre Situation bis Ende der 80er Jahre weiter verschlechtert. Rund ein Drittel der staatlichen Unternehmen machten Verluste und waren auf Subventionen aus dem Staatshaushalt angewiesen. Mit einem rückläufigen Beitrag der staatlichen Betriebe zum gesamten industriellen Bruttoproduktionswert und zum BSP ging die Bedeutung der Staatsindustrie schrittweise zurück.

Obwohl die Reformmaßnahmen anfänglich durchaus Erfolge zeigten, wurde jedoch immer stärker deutlich, daß eine Loslösung der Staatsbetriebe aus der bürokratischen Umklammerung ohne weitergehende Reformschritte nicht möglich war. Das anfänglich eingeführte Vertragssystem sah den Abschluß von Verträgen zwischen den Betriebsleitern und den regionalen Verwaltungseinheiten über die Erfüllung bestimmter Planziffern

vor, insbesondere den an den Staat abzuliefernden Produktionsanteil (zu Preisen unterhalb der Marktpreise) und die Quote für die Ablieferung von Gewinnen und Steuern an den Staat. Die Überschußproduktion konnte zu Marktpreisen verkauft werden, und Überquotengewinne durften für die Ausweitung der betrieblichen Investitionsmittel und der Prämien für die Beschäftigten eingesetzt werden. Damit bestand ein Anreiz, die Produktion auszuweiten, um Überschüsse zu Marktpreisen verkaufen zu können, sowie zur Bildung von Märkten.

Obwohl durch das Vertragssystem den Betriebsleitern größere Entscheidungsrechte im Management zugestanden werden sollten, erwies sich die Durchsetzung dieser Rechte jedoch als äußerst schwierig, da das staatliche Eigentum an den Industriebetrieben jede Art administrativer Eingriffe der lokalen Verwaltungseinheiten legitimierte. Konfligierende Interessen resultierten aus betriebswirtschaftlichen Entscheidungszwängen der Unternehmensleiter und den Forderungen der lokalen Verwaltungseinheiten, Arbeitsplätze zu erhalten und die Gewinn- und Steuerabführungen zu erhöhen. Auch nach der Einführung des Vertragssystems bestand die Situation der "soft budget constraints", m.a.W. die Unternehmen brauchten kaum auf Kosten- und Preisveränderungen zu reagieren und waren für ihre Verluste nur sehr begrenzt verantwortlich; ein Marktaustritt über Konkurse erfolgte nicht. Unrentable Unternehmen erhielten über den Druck der lokalen Verwaltungseinheiten auf die Banken die notwendigen Kredite, unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation. Als behindernd erwies sich darüber hinaus die aus Preiskontrollen und dem dualen Preissystem resultierenden unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zu Rohstoffen sowie zu präferentiellen Krediten und Subventionen, die zu Verzerrungen bei Produktions- und Investitionsentscheidungen führten. Mit der Verknappung der Kredite und der nachlassenden Marktnachfrage nahmen die Probleme in den Staatsbetrieben Ende der 80er Jahre weiter zu, und ihre Gewinne gingen durch den Anstieg der Lagerbestände und hohen Außenstände weiter zurück.

Gleichzeitig verschärfen sich die Probleme in den traditionellen Engpaßbereichen Rohstoffindustrie, Energie-

und Transportsektor, deren Wachstum durch die Niedrigpreispolitik und unzureichende Investitionen behindert wurde.<sup>7</sup>

Zu den Strukturproblemen im landwirtschaftlichen und industriellen Sektor traten ab Mitte der 80er Jahre auch die Mängel der makroökonomischen Steuerung der Wirtschaft hinzu. So wurden zwar zur Beeinflussung der Kreditmenge verstärkt indirekte Instrumente wie Mindestreserve, Zinssätze und Kredite der Zentralbank an die Geschäftsbanken zur Steuerung eingesetzt, doch konnte damit die Entwicklung der Geldmenge nicht ausreichend kontrolliert werden. Der wesentliche Grund hierfür ist die Fähigkeit der Provinz-, Stadt- und Kreisregierungen, die in erster Linie an ihrer lokalen Wirtschaftsentwicklung und der Zunahme ihrer außerbudgetären Einnahmen interessiert sind, politischen Druck auf die Banken zur Befriedigung ihres Kreditbedarfs auszuüben. Damit wurde die extreme Steigerung der Investitionsgüternachfrage 1987/1988 ermöglicht, die zusammen mit Lohnsteigerungen zur Inflation beitrug. Die Zuspitzung der krisenhaften Entwicklung fand 1988 mit einer Inflationsrate von rund 19% ihren Höhepunkt und führte zur Einleitung eines Readjustierungsprogramms.<sup>8</sup>

## 2 Die sozialistische Marktwirtschaft als neues wirtschaftspolitisches Konzept

Sowohl die Demonstrationen im Frühjahr 1989 als auch der Zusammenbruch der marxistischen Gesellschaftssysteme in Osteuropa und die Auflösung der UdSSR in den Jahren 1990/91 haben die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) in eine tiefe Legitimitätskrise gestürzt. Ohne die Entspannung der wirtschaftlichen Situation, die sich zunächst in einer Reduzierung der Inflation und dann in der durch staatliche Kredite wieder in Gang gesetzten Konjunktur widerspiegelte, wäre eine Stabilisierung der Position der Partei nicht möglich gewesen. Die Legitimierung ihrer Herrschaft über wirtschaftlichen Erfolg wurde denn auch von der KPCh als unbedingte Voraussetzung angesehen, um dem Schicksal der kommunistischen Parteien in Osteuropa und der UdSSR zu entgehen. Bei der Analyse des Zusammenbruchs der dortigen marxistischen Gesellschafts-

systeme war das Versagen der kommunistischen Parteien, eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen für die Bevölkerung zu erreichen, als der entscheidende Grund von der KPCh herausgestellt worden. Nur so ist auch der breite Konsens auf dem 14. Parteitag der KPCh im Oktober 1992 für die Einführung einer sozialistischen Marktwirtschaft zu erklären.

So erlaubt das Konzept der sozialistischen Marktwirtschaft zwar eine weitgehende Liberalisierung der Wirtschaft, gleichzeitig jedoch die Aufrechterhaltung der Führungsrolle der KPCh. Hiermit orientiert sich China deutlich am Vorbild seiner ökonomisch erfolgreichen Nachbarländer, die eine Marktwirtschaft bei gleichzeitiger Existenz eines autoritären Staates aufweisen. Die Vision einer zentralisierten, aber undogmatischen politischen Ordnung als chinesische Form des Neo-Autoritarismus war bereits vom ehemaligen Generalsekretär der KPCh, Zhao Ziyang, auf dem 13. Parteitag im Jahre 1987 genannt worden und nahm breiten Raum in der Diskussion unter chinesischen Intellektuellen vor den Tiananmen-Ereignissen ein.<sup>9</sup>

Was bedeutet nun das Konzept der Sozialistischen Marktwirtschaft im einzelnen? Es geht hierbei keineswegs um eine völlig neue wirtschaftspolitische Strategie, sondern um die Ausweitung der bestehenden Reformansätze und die Vorgabe eines Reformzieles. Dies besteht in der Entscheidung für den Markt als Koordinationsmechanismus. Über Preise und Wettbewerb sollen notwendige Verhaltenssignale an die Unternehmen gegeben werden. Der Unterschied zur 'kapitalistischen' Marktwirtschaft wird in der Dominanz des staatlichen und kollektiven Eigentums und in der Vermeidung einer Einkommenspolarisierung gesehen. Der Aufbau einer sozialistischen Marktwirtschaft in den 90er Jahren soll im wesentlichen auf vier Reformen basieren.

### 1. Reform der Staatsbetriebe:

Durch Trennung von Eigentums- und Managementrechten und ihre Loslösung von Regierungsverwaltungen sollen die Staatsunternehmen autonome Wirtschaftseinheiten werden, die für Gewinn und Verlust selbst verantwortlich und auf dem Markt konkurrenz-

fähig sind. Das bereits bestehende Vertragssystem [zwischen Betriebsleiter und lokalen Verwaltungseinheiten] soll weiter verbessert und Experimente mit Aktiengesellschaften, die eine Trennung von Regierungsverwaltung und Unternehmen unterstützen, weiter fortgesetzt werden. Auch die Bildung von Unternehmensgruppen sowie der Kauf oder die Pachtung kleiner Staatsbetriebe durch Kollektive oder Privatpersonen ist vorgesehen.

## 2. Entwicklung eines umfassenden Marktsystems:

Als Voraussetzung für die sozialistische Marktwirtschaft wird die beschleunigte Entwicklung von Märkten angesehen, vor allem des Konsumgütermarktes und insbesondere des Marktes für Produktionsmaterialien. Auch der Kapitalmarkt, einschließlich des Wertpapiermarktes, der Markt für Technologien und Informationen, der Arbeitsmarkt sowie der Immobilienmarkt sollen mit dem Ziel eines landesweit einheitlichen Marktes weiter entwickelt werden. Da die Preisreform im Zentrum der Entwicklung von Märkten und Wirtschaftsstrukturreform steht, soll diese beschleunigt vorangetrieben werden.

## 3. Soziales Sicherungssystem:

Gleichzeitig sind Reformen zur sozialen Absicherung von Arbeitslosen, Rentnern und Kranken sowie Reformen des Wohnungsmarktes vorgesehen.

## 4. Neubestimmung der Regierungsfunktionen

Als weitere Voraussetzung für den Aufbau der sozialistischen Marktwirtschaft gilt die Veränderung der Regierungsfunktionen. Im wesentlichen bedeutet dies die Trennung von Unternehmens- und Regierungsfunktionen. Weder die Zentralregierung noch die lokalen Regierungsverwaltungen sollen die Rechte der Unternehmen einschränken dürfen. Die Funktion der Regierung wird in der gesamtwirtschaftlichen Planung und der Anleitung der Unternehmen über Lieferung von Informationen, über Koordinierung und Angebot von Dienstleistungen beschränkt.

Die einzelnen Reformbereiche sollen im folgenden näher betrachtet werden.

## 2.1 Reform der Staatsbetriebe

Die ersten Experimente der Umwandlung von Unternehmen in Aktiengesellschaften beschränkten sich zunächst auf kollektive Industriebetriebe, die zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen Schuldverschreibungen oder Kapitalanteilsscheine und nicht Aktien im üblichen Sinne ausgaben. Erst 1984 wurde ein staatliches Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.

Aktiengesellschaften entstanden in erster Linie durch Fusion oder Aufteilung staatlicher Unternehmen und durch Umbildung bestehender, jedoch weniger durch Gründung neuer Unternehmen. Gleichzeitig erfolgte die Emission von Aktien durch Umwandlung des Vermögens der staatlichen Unternehmen. Die Begebung der Kapitalanteilsscheine fand sowohl nicht-öffentlich als auch öffentlich an mit der Aktiengesellschaft verbundene Institutionen, Beschäftigte und an sonstige Investoren statt.

Eine chinesische Untersuchung über die Struktur der zwischen 1984-89 begebenen Aktien im Werte von 3,8 Mrd. Yuan zeigt, daß 70-80% dieser Aktien auf der Umbildung des Vermögens bestehender staatlicher Unternehmen basierten, also wenig neues Kapital entstanden war. Weiterhin machte die Untersuchung deutlich, daß die nicht-öffentliche Aktienemission dominierte. In Shanghai hatten beispielsweise von den 1.250 Unternehmen, die Aktien begeben hatten, lediglich elf Unternehmen ihre Aktien öffentlich angeboten. Außerdem kam die Untersuchung zu dem Ergebnis, daß mit 75% der überwiegende Teil der Aktien im Eigentum des Staates blieb, 18% von Unternehmen und lediglich 7% von privaten Kapitalanlegern gehalten wurden.

Neben politisch-ideologischen Restriktionen war die Bildung von Aktiengesellschaften durch das Fehlen geeigneter Bewertungsstandards und rechtlicher Rahmenbestimmungen behindert. Unklar war beispielsweise, wie das Vermögen der bestehenden staatlichen Unternehmen bewertet werden sollte. Erst der 1988 gegründeten Nationalen Verwaltungsbehörde für Staatseigentum (Zhongguo Guoyou Zichan Guanliju) wurde die Aufgabe übertragen, notwendige Methoden und Standards zu erarbeiten.

Da die Einführung von Aktiengesellschaften auf einer experimentellen Basis ohne allgemein gültiges Aktienrecht entstand, operierten die Unternehmen in einem rechtlichen Vakuum. Dies wirkte sich auch auf die Gestaltung der Aktiengesellschaften und Aktienrechte aus. So wurden beispielsweise Dividenden ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der Unternehmen festgelegt oder Unternehmen behielten sich das Recht vor, ihre "Aktien" nach einer gewissen Zeit wieder zurückzukaufen. Insgesamt war also die Zahl der Unternehmen, die Aktien im eigentlichen Sinne emittierten, sehr gering.<sup>10</sup>

Nach offiziellen Angaben soll sich inzwischen die Zahl der Aktiengesellschaften bis 1992 auf 3.700 erhöht haben, allerdings wird hierbei nicht zwischen staatlichen oder kollektiven Aktiengesellschaften unterschieden. Allein im letzten Jahr wurden 400 neue Aktiengesellschaften genehmigt. Von den 3.700 Aktiengesellschaften notieren jedoch erst 69 Unternehmen an den Aktienbörsen in Shanghai und Shenzhen.<sup>11</sup>

Die Umwandlung der staatlichen Industriebetriebe in Aktiengesellschaften erlaubt über eine Definition der Eigentums- und Verfügungsrechte am Unternehmensvermögen nicht nur eine Abgrenzung von Entscheidungsrechten gegenüber den lokalen Verwaltungseinheiten, sondern auch eine Bewertung der wirtschaftlichen Leistungen der Unternehmen über einen Aktienmarkt. Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der Aktienmärkte ist neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen die Zulassung auch größerer Gewinnspannen, die einen Anreiz für diese Art der risikobehafteten Kapitalanlage bieten muß. Bestehende Aktienmärkte in Shanghai und Shenzhen hatten zunächst versucht, Kursgewinne bzw. -verluste durch Bandbreiten zu beschränken. Inzwischen sind diese aufgehoben worden, so daß ausreichende Anreize von dieser Kapitalanlage ausgehen.

Zwar ist die Anzahl der in Aktiengesellschaften umgewandelten Staatsunternehmen noch relativ gering und die Wertpapierbörsen befinden sich noch im Anfangsstadium, doch wird in den nächsten Jahren sicherlich damit zu re-

chen sein, daß sich diese Entwicklung weiter beschleunigen wird. Hierzu werden auch die inzwischen schrittweise verbesserten rechtlichen Rahmenbedingungen beitragen.

## 2.2 *Preissystem und Aufbau von Märkten*

Die Ansätze zur Preisreform beinhalten den Abbau der staatlichen Preissubventionen bei der Bereitstellung landwirtschaftlicher Produkte für die städtischen Konsumenten und eine Ausweitung des Marktes als Koordinationsmechanismus für Angebot und Nachfrage. Vor dem Hintergrund einer Zunahme der staatlichen Lebensmittelsubventionen um das Vierfache wurden im Frühjahr 1991 erstmals auch die Verkaufspreise für die Konsumenten in den Städten angehoben, um die erforderliche Anpassung der staatlichen Getreideaufkaufspreise finanzieren zu können. Für die nächsten Jahre ist eine schrittweise Freigabe der Getreidepreise und auch der Preise für landwirtschaftliche Inputs vorgesehen. Für die kritischen Produkte wie Rohstoffe und Energie wird jedoch noch in den nächsten Jahren mit einem Einfluß des Staates auf das Preisniveau gerechnet werden müssen.

Wie sieht nun der bisherige Fortschritt beim Aufbau von Märkten aus? Neben inzwischen rund 70.000 Märkten für landwirtschaftliche und Nebengewerbeprodukte gab es 1990 rund 1.300 Großhandelsmärkte für landwirtschaftliche Produkte und seit kurzem auch nationale Großhandelsmärkte, die als Warenterminbörsen ausgebaut werden. Für industrielle Produkte existierten 1990 bereits 3.000 Großhandelsmärkte sowie 200 Märkte, auf denen Stahl, und rund 400 Märkte, auf denen andere Investitionsgüter gehandelt wurden. Aufgrund der Einschränkung des staatlichen Handelsmonopols sank der staatliche Anteil am wertmäßigen Handelsumsatz auf 39% (1990), während die Anteile der kollektiven Handelsorganisationen auf 32% und der privaten auf 29% stiegen. Fortschritte bei der Preisreform spiegeln sich darin wider, daß nach offiziellen Angaben Ende 1992 bereits für 90% der Konsumgüter und 70% der Investitionsgüter Marktpreise galten.<sup>13</sup>

Problematisch ist jedoch nach wie vor die starke regionale Fragmentierung der Märkte, die durch lokale Markt-

barrieren begrenzt werden. Obwohl die Zentralregierung bereits mehrfach Bestimmungen zur Aufhebung dieser Beschränkungen erlassen hat, zeigt der Fortbestand dieses Phänomens, daß es an der Durchsetzbarkeit zentraler Anweisungen mangelt.

## 2.3 *Reform des Arbeitsmarktes*

Zur Erhöhung der Flexibilität der Personalentscheidungen wurden bereits ab 1986 neue Arbeitskräfte in den staatlichen Unternehmen nicht mehr mit einer lebenslangen Arbeitsplatzgarantie eingestellt, sondern auf einer Vertragsbasis von i.d.R. 3-5 Jahren. Bis Ende 1991 sollen 14% der Beschäftigten eingeschränkte Arbeitsverträge abgeschlossen haben. Im Frühjahr 1992 wurden weitergehende Maßnahmen unter dem Motto "Zerbrechen der eisernen Reisschüssel" angekündigt. Hierbei ging es insbesondere um die Abschaffung der lebenslangen Arbeitsplatzgarantie und des starren Entlohnungs- und Beförderungssystems. Neue Bestimmungen wurden erlassen, die den Betrieben auch die Kündigung von Arbeitskräften erlaubten.

Allerdings verlief die erste Konfrontation der Beschäftigten mit möglicher Arbeitslosigkeit keineswegs reibungslos, und es gibt Berichte von Streiks in den staatlichen Betrieben und tätlichen Angriffen auf Betriebsleiter. Diese Reaktion wird erklärbar, wenn das große Risiko des Arbeitsplatzverlustes betrachtet wird, da an die Beschäftigung auch die Bereitstellung von Wohnraum und die soziale Absicherung gebunden sind. Eine höhere Mobilität der Arbeitskräfte zwischen Unternehmen setzt auch die Übertragbarkeit von Pensionsansprüchen im Rahmen einer überbetrieblichen Rentenversicherung voraus, die bisher erst im Entstehen begriffen ist.<sup>14</sup>

Die Reformen des Arbeitsmarktes sehen jedoch keine unbegrenzte Aufhebung der regionalen Mobilitätsbeschränkungen zwischen Stadt und Land vor. Aufgrund der erwarteten Zuspitzung der Arbeitslosigkeit in den Städten wird dagegen eher mit einer stärkeren Abschottung der städtischen Arbeitsmärkte zu rechnen sein. Wanderbewegungen ländlicher Arbeitskräfte in den städtischen Industrie- oder Bausektor umfassen bereits heute eine Größenordnung von rund 80 Mio. Arbeitskräften.

## 2.4 *Reformen im sozialpolitischen Bereich*

Hierbei geht es insbesondere um die Sicherung der sozialen Stabilität in den Städten. Dies ist vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosigkeit und der Veränderung der Altersstruktur dringend erforderlich. Insgesamt ist die Institutionalisierung eines allgemeinen Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherungssystems vorgesehen. Notwendig ist ein soziales Sicherungssystem vor allem im Rahmen der Unternehmensreform, da vor allem 'alte Staatsbetriebe' durch Sozialleistungen für beispielsweise Wohnraum, Kantine, Kindergärten und Pensionszahlungen wesentlich stärker belastet sind als neue Unternehmen.

Bisherige Fortschritte über den Aufbau eines Sozialversicherungssystems basieren beim Rentensystem auf Experimente mit einem Pensionsfonds, an dem sich der Staat, die Unternehmen und die Beschäftigten beteiligen. In der Provinz Jiangsu beispielsweise beinhaltet die versuchsweise Einführung dieses Systems in einigen Regionen die Zahlung von 21% der Lohnsumme der staatlichen Unternehmen und 1% der Einkommen der Beschäftigten.

Die mit der Einführung eines Sozialversicherungssystems verbundenen Probleme resultieren einmal aus der Frage, welche sozialen Leistungen über ein derartiges System abgedeckt werden sollen. Zum anderen sind die Zutrittsbeschränkungen zu klären, also insbesondere, ob nur Beschäftigte staatlicher Unternehmen zugelassen werden oder auch die der kollektiven Betriebe und sino-ausländischen Joint Ventures. Weiterhin stellt sich die Frage nach der Finanzierung dieses Systems, also in welchem Verhältnis staatliche Mittel, betriebliche Zuweisungen und individuelle Leistungen notwendig sind und inwieweit private Sozialversicherungsfonds zugelassen werden.

Zu den sozialpolitischen Reformen zählen auch die Reformen im Wohnungsbau. Diese basieren auf einer Reduzierung der bestehenden Subventionen und einer Durchsetzung von kostendeckenden Mieten. Darüber hinaus ist die Bildung öffentlicher Kapitalfonds und ihre Finanzierung durch

die Unternehmen und ihre Beschäftigten vorgesehen sowie die Möglichkeit des Erwerbs individuellen Wohnungseigentums.<sup>15</sup>

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß mit dem Konzept der sozialistischen Marktwirtschaft versucht wird, den bereits eingesetzten Wandel des Wirtschafts- und Sozialsystems zu beschleunigen und gleichzeitig die notwendige gesellschaftliche Stabilität zu garantieren. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, wird sicherlich auch davon abhängen, wie die Widersprüche zwischen Bevölkerungswachstum und Entwicklung der agrarischen Ressourcen sowie zwischen der Zunahme des Arbeitskräftepotentials und der Bereitstellung von Arbeitsplätzen gelöst werden können. Voraussetzung hierfür ist ein relativ hohes Wirtschaftswachstum und Strukturwandel. Die Beurteilung der Entwicklungschancen der chinesischen Wirtschaft in den kommenden Jahren wird im folgenden auf zwei Aspekte beschränkt. So soll die Frage von Wirtschaftswachstum und Stabilität sowie die wirtschaftliche Verflechtung und Integration Chinas mit der asiatischen Region näher betrachtet werden.

### 3 Entwicklungsperspektiven der Wirtschaft in den 90er Jahren

#### 3.1 Wirtschaftswachstum und Stabilität

Anfang der 90er Jahre weist die chinesische Wirtschaft eine bemerkenswert dynamische Entwicklung auf. Nach einem Anstieg des BSP um 7,7%, der Industrieproduktion um 14,5% und der Exporte um 15,8% im Jahre 1991 ist auch 1992 das Wachstumstempo mit einer Zunahme des BSP um 13%, der Industrieproduktion um 20% und der Exporte um 18% beachtenswert. Damit scheint auf den ersten Blick die Krise überwunden zu sein, die die Regierung 1988 zu einem Sanierungsprogramm gezwungen hatte, in dessen Verlauf es zunächst zu einem Einbruch des Wirtschaftswachstums gekommen war. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Erfolge in den letzten zwei Jahren wurde auf dem Nationalen Volkskongreß im März d.J. auch die stärkere Beschleunigung des Wirtschaftswachstums für den verbleiben-

den Zeitraum des 8.Fünffjahresplanes (1993-95) und bis 1997 beschlossen. Anstatt der ursprünglich festgelegten jährlichen Wachstumsrate von 6% soll diese nunmehr auf landesweit 8-9% erhöht werden. Die einzelnen Provinzen können ihr Wachstumstempo zwar selbst bestimmen, sollen jedoch ihre jeweiligen Entwicklungsbedingungen ausreichend berücksichtigen.

Ob dies hohe Wachstumstempo ohne die bisher zyklisch aufgetretenen Wirtschaftskrisen realisiert werden kann, wird von einer Reihe verschiedener Faktoren beeinflusst. So wird die Stabilität der Entwicklung in den nächsten Jahren auch davon abhängen, ob die politische Führung konsistente wirtschaftspolitische Ziele vorgeben und diese mit dem neuen wirtschaftspolitischen Instrumentarium wirkungsvoll durchsetzen kann, um auftretende Überhitzungserscheinungen differenziert genug abzumildern. Daß Anzeichen für eine Überhitzung bereits in bestimmten Bereichen bestehen, wird auch offiziell bestätigt. Isoliert betrachtet erscheint der Anstieg der Anlageinvestitionen um rund 38% im Jahre 1992 bereits als ein Warnsignal. Zusammen mit der Errichtung von Tausenden von Entwicklungszonen auf Kreis-, Gemeinde- und sogar auf Dorfebene im letzten Jahr spiegelt diese Entwicklung allerdings die mangelnde Funktionsfähigkeit der geld- und finanzpolitischen Steuerung wider. Dies trifft auch für den Immobilienmarkt zu, der sich unregelmäßig entfaltet und den lokalen Regierungseinheiten als Finanzierungsquelle dient. Allein im letzten Jahr wurden Bodennutzungsflächen in einem Umfang von 2,2 Mio.km<sup>2</sup> verpachtet und dafür Pachtzahlungen in Höhe von 52,5 Mrd.Yuan eingenommen; an den Staatshaushalt ging davon jedoch lediglich ein Anteil von 2,6 Mrd.Yuan.<sup>16</sup> Die Umgehung zentralstaatlicher Vorgaben wird auch in den Versuchen lokaler Regierungsverwaltungen deutlich, Wertpapiere ohne Genehmigung auszugeben und Wertpapierbörsen einzurichten.

Inflationäre Tendenzen, die von solchen Entwicklungen ausgehen, können nur durch eine wirkungsvollere geldpolitische Steuerung und durch finanzpolitische Reformen eingeschränkt werden. Ohne eine funktionsfähige Steuerverwaltung wird der Anteil der Zen-

tralregierung an den Einnahmen weiter sinken und damit ihre Fähigkeit, regional- und strukturpolitisch notwendige Veränderungen durchzusetzen.

Entscheidend für die Stabilität des Wachstums wird ebenfalls die Frage sein, in welchem Umfang die bisherigen Engpaßbereiche Rohstoffindustrie, Energie- und Transportsektor mit dem hohen Entwicklungstempo Schritt halten können. Während ein relativ schnelles Wachstumstempo beispielsweise in der Provinz Guangdong durch gleichzeitige Verbesserung der Infrastruktur und Importe von Rohstoffen und Energie noch ohne größere Überhitzungstendenzen möglich sein kann, fehlen in anderen Regionen die notwendigen Voraussetzungen hierfür.

Von Bedeutung für die Dynamik des Wachstumsprozesses ist auch, aus welchen Quellen das Wachstum gespeist wird. Hierbei kann davon ausgegangen werden, daß sich der beobachtbare Trend eines steigenden Anteils der nichtstaatlichen Industrie an der industriellen Wertschöpfung fortsetzt. Bereits heute sind die ländlichen kollektiven Industriebetriebe und die Unternehmen mit Auslandskapital die Wachstumsmotoren im Industriesektor. Die sich weiter verstärkende Konkurrenz durch die privaten und kollektiven Betriebe wird auch den erforderlichen Anpassungsdruck für die Staatsunternehmen erzeugen. Allerdings ist die notwendige Transformation dieser Unternehmen ihrerseits abhängig, wie bereits oben ausgeführt, von der schrittweisen Durchsetzung anderer Reformen. Wird davon ausgegangen, daß sich China zunehmend an den Erfahrungen anderer asiatischer Regionen orientiert, werden jedoch staatliche Unternehmen auch in Zukunft eine bedeutende Rolle besitzen. Das Beispiel Taiwans zeigt deutlich, daß solche Unternehmen durchaus erfolgreich als Instrument der staatlichen Industriepolitik eingesetzt werden können.<sup>17</sup>

Eine weitere Einflußgröße für das Wirtschaftswachstum stellt der Außenhandel dar. Die hohen ausländischen Direktinvestitionen der letzten Jahre werden sich zwar kurzfristig auch auf eine Erhöhung der Importe von Maschinen und Anlagen auswirken



und damit den Handelsbilanzüberschuß begrenzen, mittelfristig schaffen diese Investitionen jedoch neue Produktionskapazitäten für den Export. Da ein großer Teil der Direktinvestitionen in High-Tech-Bereichen konzentriert ist, wird auch mit einer weiter wachsenden Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Produkte auf dem Weltmarkt zu rechnen sein.

### 3.2 Regionale Verflechtung mit anderen asiatischen Wirtschaftsräumen

Von besonderer Bedeutung für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung wird die weitere Integration Chinas in die angrenzenden asiatischen Wirtschaftsräume sein. Eine relativ starke ökonomische Verflechtung besteht bereits zwischen den südchinesischen Küstenprovinzen Guangdong und Fujian mit Hongkong und Taiwan. Dieser Wirtschaftsraum, der auch als "Großchinesische Wirtschaftsgemeinschaft"<sup>18</sup> bezeichnet wird, ist durch wachsende regionale Arbeitsteilung und dynamische Handels- und Investitionsaktivitäten gekennzeichnet. Die außenwirtschaftliche Öffnung Chinas und die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen fiel in eine Periode der Umstrukturierung der Hongkonger Wirtschaft, die sich mit steigenden Löhnen und Bodenpreisen sowie einem zunehmenden Protektionismus bei der Ausweitung ihrer Exporte in die westlichen Industriestaaten konfrontiert sah. Die geographische Nähe zum Festland sowie kulturelle und familiäre Bindungen zu Südchina zusammen mit niedrigen Löhnen und anderen attraktiven Investitionsbedingungen stellten Anreize für die Verlagerung arbeitsintensiver Produktion von Hongkong nach Guangdong dar.<sup>19</sup>

Bis 1991 wurden in Guangdong von Hongkonger Unternehmen rund 25.000 Betriebe mit einer Beschäftigtenzahl von mehr als drei Millionen Arbeitskräften gegründet, die in erster Linie Produkte für den Reexport nach Hongkong herstellen. Hongkong investierte nicht nur bis 1991 mehr als 10 Mrd. US\$, sondern stellte auch Technologie und Managementfähigkeiten sowie Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung in den Bereichen Verpackung und Transport.<sup>20</sup>

Wachsende Kapitalströme gehen jedoch auch inzwischen vom Festland nach Hongkong. So stiegen die volkrepublikanischen Investitionen, vor allem im Immobiliensektor, in den letzten Jahren deutlich an und sollen inzwischen über 12 Mrd. US\$ ausmachen. Damit ist die VR China der größte Einzelinvestor in Hongkong, und auch Hongkongs Gesamtinvestitionen entfallen mit mehr als zwei Dritteln auf das Festland und sind hier wiederum mit rund 80% auf die Provinz Guangdong konzentriert.

Die Verflechtung des Außenhandels zwischen China und Hongkong spiegelt sich in einem Anteil der Volksrepublik von rd. 30% am gesamten Außenhandelsvolumen Hongkongs im Jahre 1991 wider. Für Hongkong ist die Volksrepublik nach wie vor der wichtigste Handelspartner, und dies gilt auch in umgekehrter Richtung. Die dominante Position Hongkongs im festlandchinesischen Außenhandel wurde in den letzten Jahren sogar noch weiter mit einem Anteil von rund 45% und 27% am Export- bzw. Importvolumen Chinas ausgebaut. Die regionale Arbeitsteilung wird auch in der Veränderung des Hongkonger Außenhandels offenbar. So ist das Wachstum der Reexporte, die ca. 70% der Gesamtexporte Hongkongs ausmachen, deutlich höher als das der sonstigen Exporte.<sup>21</sup>

Aus vergleichbaren Gründen wie Hongkong steht Taiwan vor einem Umstrukturierungsprozeß in der Industrie, die neue Standorte für arbeitsintensive Fertigungsprozesse und Industriezweige mit hoher Umweltbelastung sucht. Begünstigt durch die politische und ökonomische Liberalisierung, konnten sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Taiwan und dem Festland in den letzten Jahren schnell ausweiten. Der indirekte Handel über Hongkong hat sich zwischen 1986-91 mehr als verdreifacht, und das beidseitige Handelsvolumen wird für 1991 auf rund 10 Mrd. US\$ geschätzt.

Taiwans Unternehmen können erst seit den letzten drei Jahren auch offiziell, allerdings noch indirekt über Hongkong, auf dem Festland investieren. Der schnelle Anstieg der Investitionen zeigt jedoch das starke Interesse der taiwanesischen Industrie. So erhöhten sich nach unterschiedlichen

Angaben die Investitionen aus Taiwan kumulativ auf 4,3 Mrd. Yuan bis zum Jahre 1991 (offizielle Statistik der Volksrepublik). Damit ist Taiwan bereits der drittgrößte Investor hinter Hongkong und den USA. Werden Investitionen über Hongkonger Partnerunternehmen einbezogen, die unter Umgehung der Auflagen der taiwanesischen Regierung erfolgen, gehen Schätzungen sogar von einem tatsächlichen Investitionsvolumen in Höhe von 15 Mrd. US\$ aus. Regional konzentrieren sich die taiwanesischen Investitionen auf die Provinz Fujian.<sup>22</sup>

Die Intensivierung der Handels- und Kapitalströme innerhalb der "Großchinesischen Wirtschaftsgemeinschaft" setzte sich 1992 weiter fort und wird auch aktiv von der Regierung in Beijing unterstützt. Nach einer Beteiligung an einer Anfang Januar 1992 in Hongkong durchgeführten Konferenz zu diesem Thema, wurde im Frühjahr 1993 auch in Beijing eine Tagung zur Frage der Ausweitung der Investitions- und Kooperationsmöglichkeiten für Unternehmen aus Hongkong, Macao und Taiwan veranstaltet. Zu den rund 150 Konferenzteilnehmern zählten auch 30 Unternehmer aus Hongkong, Macao und Taiwan, die bereits Investitionen in der Volksrepublik realisiert haben.

Auf der Tagung in Beijing wurden auch neue Daten für die Entwicklung der Auslandsinvestitionen aus Hongkong, Macao und Taiwan genannt. Bis Ende 1992 sollen insgesamt 63.279 Kooperationsprojekte mit Investitionen aus Hongkong und Macao mit einem vertraglich zugesagten Investitionsvolumen in Höhe von 74,18 Mrd. US\$ genehmigt worden sein. Die Zahl der genehmigten Kooperationsprojekte mit Taiwan soll insgesamt 10.245 mit einem vertraglich zugesagten Investitionsvolumen von 8,973 Mrd. US\$ betragen.<sup>23</sup>

Zwar haben vor allem die Provinzen Guangdong und Fujian von der engen Verflechtung mit den Wirtschaftsräumen Hongkong und Taiwan Impulse für ihre Entwicklung erhalten, doch bestehen inzwischen eine Reihe von "trickle down"-Effekten auch für andere Regionen. Hierzu zählt beispielsweise die Beschäftigung von Arbeitskräften aus anderen Regionen in

Guangdong, insbesondere jedoch der Vorbildcharakter des wirtschaftlichen Erfolgs. Dieser wird inzwischen auch offiziell nach der Reise Deng Xiaopings in die südchinesischen Sonderwirtschaftszonen propagiert, und die übrigen Provinzen wurden dazu aufgerufen, dem Beispiel Guangdongs zu folgen.

Diese Entwicklung hat bereits mit einer stärkeren Außenorientierung der südwestchinesischen Provinzen gegenüber den südostasiatischen Ländern und der nord- und nordostchinesischen Region hin zu Südkorea und Japan begonnen. Obwohl die Pläne für den Aufbau einer nordostasiatischen Wirtschaftsregion zwischen China, Japan, Nord- und Südkorea sowie der Mongolei und Rußland noch in den Anfängen stecken, bestehen zwischen diesen Wirtschaftsräumen ebenfalls beachtenswerte Potentiale für eine zukünftige Kooperation.

Abgesehen von der regionalen Verflechtung einzelner Wirtschaftsräume muß zur Beurteilung der Entwicklungschancen Chinas in den 90er Jahren auch die gesamte asiatische Region betrachtet werden. Diese ist nicht nur charakterisiert durch eine starke Wachstumsdynamik und einen steigenden Anteil am Welthandel, sondern auch durch eine beachtenswerte Zunahme der intraregionalen Handels- und Investitionsströme. So zeigt eine Studie des *Asian Wall Street Journal* vom Oktober 1992, daß der Anteil des intraregionalen Handels zwischen den 12 betrachteten Staaten<sup>24</sup> mehr als 40% des gesamten Außenhandels ausmacht; 1986 belief sich dieser Anteil noch auf 30%. Die Zuwachsraten im Handel waren vor allem zwischen der VR China und den NIEs (Newly Industrialized Economies), Südkorea, Taiwan und Hongkong, besonders hoch sowie zwischen den NIEs und den ASEAN-Staaten Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand. Die Expansion des beidseitigen Warenaustausches entwickelte sich jeweils mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von rund 30% seit 1987. Der Handel zwischen den NIEs nahm sogar mit einer durchschnittlichen Zuwachsrate von über 40% zu.

Eine Folge des steigenden Anteils des intraregionalen Handels am Gesamt-handel ist, daß die Wirtschaftsentwick-

lung der asiatischen Länder von der weltweiten Rezession und den Einbrüchen auf den Märkten der USA, der EG und Japans nur in einem begrenzten Ausmaß betroffen wurde. Wirtschaftsexperten gehen sogar davon aus, daß die asiatischen Länder selbst dann in der Lage sein werden, ein reales Wirtschaftswachstum von 5-6% des BIP zu erreichen, wenn die übrigen Länder nur Zuwachsraten von 1-2% aufweisen sollten.

Mit der wirtschaftlichen Dynamik der asiatischen Länder war gleichzeitig eine Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung und die Herausbildung einer städtischen Mittelklasse mit höheren Einkommen verbunden. Ohne Berücksichtigung der VR China und Indien stieg die Anzahl der Haushalte mit einem Jahreseinkommen von über 30.000 US\$ auf 33,4 Millionen. Bis zum Jahre 2000 wird sogar mit einer Zunahme dieser Haushalte um 54% auf 51,5 Millionen gerechnet, so daß sich bereits die Entstehung eines gemeinsamen regionalen Marktes abzeichnet.<sup>25</sup>

Für die VR China bedeutet die Integration in die dynamische asiatische Region gleichzeitig eine noch stärkere Orientierung an den Entwicklungskonzepten der erfolgreichen Nachbarn, die bereits mit der exportorientierten Küstenentwicklungsstrategie begonnen hat. Für die politische Elite in China nimmt damit jedoch auch der Druck zu, sich über wirtschaftliche Leistung zu legitimieren. Vor diesem Hintergrund ist die Neudefinition des Wirtschaftssystems als sozialistische Marktwirtschaft zu verstehen, in dem Wettbewerb und Privatsektor eine eindeutig entwicklungsfördernde Rolle zugestanden werden.

### 3.3 Ideologische Neuorientierung und Risiken

Politische Instabilitäten könnten jedoch durchaus den weiteren Reformverlauf gefährden. So ist die Stabilität der derzeitigen Herrschaft durch eine Reihe von sozioökonomischen und politischen Problemen gefährdet. Hierzu zählt die Durchsetzung einer einheitlichen Werteordnung, die kompatibel mit der wirtschaftlichen Modernisierung einerseits und den ideologischen Zielen eines 'sozialistischen' neo-autoritären Staates andererseits sein

mußte. Da die Partei die geringe Attraktivität der marxistisch-leninistischen Visionen für die Bevölkerung erkannt hat, bietet sie mit dem im Konzept der sozialistischen Marktwirtschaft enthaltenen Ziel der Stärkung der nationalen Kräfte auch eine neue Ideologie, die nationalistische Elemente enthält. Da die nationale Einheit als Voraussetzung für ein starkes China angesehen wird, präsentiert sich die KPCh gleichzeitig als Garant des Einheitsstaates, der zentrifugale Kräfte beschränken kann.

Der bereits beobachtbare Werteverlust bei der Bevölkerung wird nicht nur darin offensichtlich, daß die sozialistischen Ideale ihren Reiz verloren haben, sondern daß sich größere Teile der Bevölkerung aufgrund der oftmals als Bedrohung empfundenen gesellschaftlichen Veränderungen verstärkt auf die Familie als einzigen Sicherheitsfaktor zurückziehen und sich beispielsweise Geheimgesellschaften oder volksreligiösen Traditionen zuwenden. Die mit der Einführung von Märkten verbundene Auflösung der schützenden *danwei*-Struktur in den Städten (Zugehörigkeit zu einer Arbeits- und Lebensinheit, die Arbeitsplatzgarantie, Wohnung und soziale Absicherung bietet) führt zu radikalen sozialen Veränderungen, die auch neue gesellschaftliche Wertestrukturen erforderlich machen. Von entscheidender Bedeutung bei der Schaffung und Durchsetzung der Wertestruktur wird die Vorbildfunktion der Partei- und Regierungskader sein, die vielfach mehr durch die Ausnutzung ihrer politischen Machtposition im eigenen Interesse denn als Hüter der öffentlichen Moral aufgefallen sind. Die Bekämpfung der Korruption der eigenen Parteimitglieder und die Auswahl der Partei- und Regierungsfunktionäre auf der Basis überprüfbarer Leistungskriterien wird demnach eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz der Führungsrolle der KPCh bei der Neuorientierung der Wertestruktur sein.

Instabilitäten des politischen Systems sind jedoch auch durch die Gegensätze zwischen der Zentralregierung und den Lokalregierungen bedingt, die eine Beschränkung für die Durchsetzbarkeit eines neo-autoritären Staatskonzeptes darstellen. Nur über eine Stärkung zentraler Kontrollfunktio-

nen wird die Realisierung entwicklungs-politischer Prioritäten gegen partikulare Interessen allgemein und der nunmehr geplante Aufbau eines einheitlichen Marktsystems insbesondere möglich sein. Gerade in dieser Beziehung hat die seit Anfang der 80er Jahre durchgeführte Dezentralisierung von fiskalischen und administrativen Entscheidungs- und Verfügungsrechten zu einer Verlagerung der Kompetenzen und Finanzmittel auf die Provinz- und Lokalregierungen geführt. Als Folge dieser Entwicklung ist eine zunehmende Umgehung oder Nichtbeachtung zentraler Vorgaben zu beobachten, die sich in abweichenden Handels- und Steuerbestimmungen und lokalem Protektionismus niederschlägt; erschwerend wirkt hierbei die mangelnde Effizienz des Steuer- und Rechtssystems. Insgesamt kann demnach eher von einem stark fragmentierten neo-autoritären System gesprochen werden, das die Zentralregierung zu ständigen Verhandlungen und Kompromissen mit den Lokalregierungen zwingt.

Weiterhin muß mit einer möglichen Destabilisierung der politischen Lage gerechnet werden, falls nach dem Ableben Deng Xiaopings als politischer Integrationsfigur Machtkämpfe zwischen verschiedenen Parteifractionen öffentlich ausgetragen werden sollten. In einer dadurch bedingten Situation der Paralyse der politischen Führungselite könnte durchaus mit dem Auftreten sozialer Unruhen gerechnet werden.<sup>26</sup>

#### Anmerkungen:

- 1) Chen Jinhua (1991), "China's Economic Restructuring: Looking Back and Forth", in: Gao Shangquan/Ye Sen (eds.), *China Economic Systems Reform Yearbook 1990*, Beijing, S.V.
- 2) Siehe hierzu Zhong Ming/ Herrmann-Pillath, Carsten (1992), *Divergierende Wachstumsdynamik in den chinesischen Provinzen: Das Bild der Statistik 1979-1990*, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, S. 32, Tab.Y 6, sowie "Selected Data on PRC Provinces" in: *China aktuell*, März 1993.
- 3) Zhong Ming/ Herrmann-Pillath, Carsten, a.a.O., S. 32 Tab.B 9, und die "Selected Data...", a.a.O.
- 4) *Zhongguo Tongji Nianjian* (1992), S. 408.
- 5) *Almanac of China's Foreign Economic Relations and Trade* (1992), Beijing, S. 448 und 449.
- 6) *China Daily*, 21.4.92; XNA, 19.1.92, XNA, 8.1.93.
- 7) Siehe hierzu auch Schüller, Margot (1991), "Planung bis zum Jahr 2000: Wirtschaftliche Ziele und Entwicklungsschwerpunkte im 10-Jahresprogramm und 8.Fünffjahresplan (Teil 2)", in: *China aktuell*, Oktober 1991, S. 644-658.
- 8) Schüller, Margot, a.a.O., Teil 1, Juli 1991, S. 459-465.
- 9) Baum, Richard (1992), "Political Stability in Post-Deng China", in: *Asian Survey*, June, Vol. XXXII, No.6, S. 491-505, hier S. 502-505; Waterman, Harold (1990), "Which Way to Go? Four Strategies for Democratization in Chinese Intellectual Circles", in: *China Information*, Vol.V, No.1, S. 14-33.
- 10) Siehe hierzu Thümmel, Martin (1991), *Wirtschaftsreform zwischen Ideologie und Pragmatismus: Das Beispiel der chinesischen 'Aktiengesellschaften'*, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, S. 3-10; Schüller, Margot (1992), "Der Wertpapiermarkt in China: Entwicklung, Probleme und Perspektiven", in: *China aktuell*, März 1992, S. 163-172, hier S. 167 u. 168.
- 11) XNA, 19.3.93.
- 12) Gao Shangquan/Ye Sen, a.a.O., S. iii.
- 13) Dieselben, a.a.O., S. iii; zur Preisreform auch *China aktuell*, November 1992, S. 794-795; Bericht des Staatlichen Statistikamtes für 1992 in RMRB, 19.2.93.
- 14) *China aktuell*, Mai 1992, S. 295-296; ebenda, Dezember 1992, S. 865 u. 866.
- 15) *China aktuell*, Januar 1991, S. 18 u. 19.
- 16) SCMP, 30.3.93
- 17) Schüller, Margot (1993), "Die Rolle des Staates im Industrialisierungsprozeß Taiwans und der VR China", in: Draguhn, W. (Hrsg.), *Neue Industriekulturen im pazifischen Asien*, S.135-164, hier S. 146-148.
- 18) Siehe hierzu Nieh, Yu-Hsi, "Zur Diskussion über die Bildung einer großchinesischen Wirtschaftsgemeinschaft", in: *China aktuell*, August 1992, S. 557.
- 19) Hierzu Nieh, Yu-Hsi (1992), "Die Wirtschaftsverflechtung zwischen Hongkong, Taiwan und dem chinesischen Festland", *China aktuell*, Juli 1992, S. 474-477. UBS, International Finance (1993), *China's Great Leap Forward*, Spring, S.1-8, Zürich.
- 20) Mehr als 36% der ehemaligen Hongkonger Industrie ist inzwischen nach Guangdong gegangen, siehe Baldinger, Pamela (1992), "The Birth of Greater China", in: *The China Business Review*, May-June 1992, S. 13-17, hier S. 13-14; ebenfalls Nieh, Yu-Hsi, "Die Wirtschaftsverflechtung...", a.a.O., S. 475.
- 21) Baldinger, Pamela, a.a.O., S. 14; Nieh, "Die Wirtschaftsverflechtung...", a.a.O., S. 475.
- 22) Nieh, Yu-Hsi, "Die Wirtschaftsverflechtung...", a.a.O., S. 476.
- 23) XNA, 19.3.93.
- 24) Hierzu werden Australien, VR China, Hongkong, Indien, Indonesien, Japan, Malaysia, Philippinen, Singapur, Südkorea, Taiwan und Thailand gezählt.
- 25) AWSJ, 12., 13., 15. und 17.10.92.
- 26) Hierzu auch Bachman, David, a.a.O.; Miller, Lyman H. (1993), "Holding the Deng Line", in: *The China Business Review*, Jan.-Feb. 1993, S. 22-31; Lieberthal, Kenneth (1991), "China's Political System in the 1990s", in: *Journal of Northeast Asian Studies*, Spring, Vol. X, No. 1, S. 71-77.